Das Politische als ›konstitutives Außen‹ des Ökonomischen

Grenzziehungen zwischen ›Wirtschaft‹ und ›Politik‹
in historischer Perspektive

STEFAN SCHOLL

1. EINLEITUNG

Die Wirtschaftsgeschichte im deutschsprachigen Raum bemüht sich seit längerer Zeit programmatisch um die Aufnahme kulturgeschichtlicher und kulturwissenschaftlicher Fragestellungen (Siegenthaler 1999; Berghoff/Vogel 2004; Hilger/Landwehr 2011). ›Kultur‹ als Erklärungsfaktor wirtschaftlicher Phänomene wird seit der Etablierung der Neuen Institutionenökonomie (wieder) anerkannt, als ›kulturell‹ bezeichnete Einflüsse werden in die Analyse der Motive und Folgen wirtschaftlichen Handelns einbezogen. Wichtige neuere Arbeiten haben zudem die Wirkmächtigkeit ökonomischer Wissensproduktion, deren Akteure sowie diskursiven Möglichkeitsbedingungen thematisiert (Tooze 2001; Grimmer-Solem 2003; Nützenadel 2005; Schanetzky 2007; Hesse 2010; Köster 2011). Dennoch ist ein Teil der Debatte nach wie vor von Skepsis und Ablehnung geprägt. Erhebliche Vorbehalte existieren vor allem gegen eine Hinterfragung beziehungsweise Dekonstruktion des eigenen Erkenntnisgegenstandes selbst – nämlich ›der Ökonomie‹ oder des Ökonomischen.¹ In einer jüngeren Ausgabe der Zeitschrift *WerkstattGe-*

1 Vgl. die diesbezüglich skeptischen bis abwehrenden Beiträge einer Podiumsdiskussion zum Thema »Kultur in der Wirtschaftsgeschichte«, die im März 2007 vom Wirtschaftshistorischen Ausschuss des Vereins für Socialpolitik abgehalten wurde. Während Grabas (2007) den Erkenntnisgewinn kulturgeschichtlicher Perspektiven, welche »Wirklichkeit – auch die ökonomische – immer nur als Ergebnis von internalisierten, in adäqua-

schichte wird dazu im Vorwort bemerkt, der *cultural turn* habe »die Wirtschaftsgeschichte bisher erst peripher erfasst.« Man verharre zusehends in

»eine[r] Art Frontstellung unvereinbar scheinender epistemischer Grundhaltungen [...], in welcher man die gegnerischen Positionen karikaturenhaft verkürzte: Hier die positivistisch verblendeten Ökonomen [...]; dort die relativistischen Kulturwissenschaftler, die sich in einem postmodernen Gestus ihrer analytischen Instrumente berauben, der Beliebigkeit verfallen und lediglich ›impressionistisch-kontextfreie Nacherzählungen der ›Diskurse‹ zu Stande bringen würden« (Dejung/Domann/Speich Chassé 2011: 3; inneres Zitat: Boyer 2007: 188).

Zu dieser Diagnose passt der Eindruck, dass insbesondere sprachgeschichtliche Studien in der Wirtschaftsgeschichte ein Forschungsdesiderat darstellen (vgl. aber beispielsweise Wengeler 1995; Hesse 2004; Hesse 2006; Nonhoff 2006; Stäheli 2007a; Eitz/Wengeler 2013). Weitgehend gleicht die Bedeutung kulturgeschichtlicher Fragestellungen in der Wirtschaftsgeschichte immer noch jener »Stuckfassade an einem Stahlbetonbau« (Conrad 2004: 62), in der man die ›weichen‹ kulturellen Phänomene des Wirtschaftens ausschmückt, den harten Kern des Baus jedoch un bearbeitet lässt. Nimmt man jedoch das Credo ernst, dass es kulturgeschichtlichen Ansätzen nicht um bestimmte ›kulturelle‹ Objekte oder Phänomene neben ›politischen‹, ›ökonomischen‹ etc. geht, sondern um die Frage nach zeitgenössischen »Bedeutungen, Wahrnehmungsweisen und Sinnstiftungen« dieser Phänomene insgesamt (Daniel 2006: 17), dann stehen Historisierungen des Gegenstandes der Wirtschaftsgeschichte selbst noch weitgehend aus (Dejung/Domann/Speich Chassé 2011: 4 f.).

Die hier vorgestellte Arbeit, die sich als Teil einer *Diskursgeschichte des Ökonomischen* versteht, ist in ihrer Ausgangsposition daher notwendigerweise radikal:

»Was ansonsten als selbstverständlich gilt, wird nun erst einmal eingeklammert: Es *gibt* das Ökonomische nicht – sondern diese ontologische Gewissheit muss verfertigt werden. Auf dem Spiel stehen damit also auch die Bestimmung dessen, was überhaupt als ›ökonomisch‹ gelten kann, das heißt, wo die Grenzen des Ökonomischen verlaufen, sowie die kulturellen und politischen Formen, die zur Wirkmächtigkeit dieser Grenzen führen« (Stäheli 2008: 299, Herv. i. Orig.; vgl. Daly 1991; Walters 1999; Diaz-Bone/Krell 2009).

ten Entscheidungen und Praktiken sich niederschlagenden Sinn- und Deutungskonstruktionen der jeweiligen Akteure« erfassen, durchaus hervorhebt, beschränken sich die Beiträge von Boyer (2007), Berghoff (2007) und Spoerer (2007) weitgehend auf (zum Teil polemische) Abgrenzung.

Eine solche Perspektivierung kann mithin zu der empirischen Vertiefung der Überlegung Werner Plumpe beitragen, dass »die ›moderne Wirtschaft‹ [...] keineswegs nur die Summe preisbewerteter Transaktionen [ist], die sich der eigennutzorientierten Rationalität preissensibler Akteure verdankt, sondern ein koevolutiver Komplex aus Semantiken, Institutionen und Praktiken, die erst gemeinsam das ermöglichen, was wir abstrahierend als *Wirtschaft* ansehen« (Plumpe 2009: 29, Herv. i. Orig.). Im Folgenden steht von diesen verschiedenen Elementen vor allem die »strukturierende Kraft des Sprechens über Ökonomie« (Pahl 2010: 254) im Mittelpunkt. Das Ziel besteht dabei weniger in der Ersetzung von Fragen nach der historischen Wirkungsweise wirtschaftlicher Zusammenhänge als in der Sensibilisierung für eine Perspektive, die annimmt, dass ebenjene Zusammenhänge nicht unabhängig von Sinngebungs- und Deutungsprozessen zu betrachten sind. Damit ist gleichzeitig ein Unterschied zu Formen der ökonomischen Dogmen- beziehungsweise Ideengeschichte benannt: Es wird davon ausgegangen, dass zwischen Ideen von der Ökonomie und ›der Ökonomie‹ selbst keine Trennung besteht, sondern dass Vorstellungen von der Ökonomie, verdichtet in Diskursen und sozialen Praktiken, das Ökonomische in Abgrenzung zu einem ›Äußeren‹ erst konstituieren und seine Wirkmächtigkeit mitbestimmen.

2. DISKURSIVE GRENZZIEHUNGEN ZWISCHEN ›WIRTSCHAFT‹ UND ›POLITIK‹

Wirtschaft und Politik gelten gemeinhin als unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche oder ›Systeme‹ mit je eigenen Akteuren, Funktionslogiken und Gesetzmäßigkeiten, deren mannigfaltige Wechselwirkungen man untersuchen kann (kritisch: Caporaso/Levine 1992; Kurz 1994; Demirović 2010). Hier wird demgegenüber ein Blickwinkel eingenommen, der in der Problematisierung des Gegenstandes von diskurstheoretischen Ansätzen im Anschluss an Michel Foucault, Chantal Mouffe und Ernesto Laclau beeinflusst ist. Zentral für diese ist die Überlegung, dass die ›Trennung‹ von Politik und Wirtschaft keiner inneren Grundlage oder Grenze entspringt, sondern selbst als Effekt und Element von Diskursen, sozialen Praktiken und (vor allem im Fall Foucaults) Regierungstechniken, das heißt als eminent »politischer Prozess« (Lemke/Krasmann/Bröckling 2000: 25) hervorgebracht wird: »Die Autonomisierung gewisser Sphären ist nicht der notwendige strukturelle Effekt von irgend etwas, sondern vielmehr das Resultat präziser artikulatorischer Praxen, die diese Autonomie konstruieren« (Laclau/Mouffe 2006: 182). Mithin geht es nicht darum, klar voneinander abgrenzbare gesellschaftliche Bereiche in ihrer Beziehung und Wechselwirkung zu analysieren. Vielmehr soll herausgearbeitet werden, wie diese Bereiche als ›Einheiten‹ in Abgrenzung voneinander erst hervorgebracht

werden und »wie umstritten, umkämpft und kontingent gerade diejenigen gesellschaftlichen Bereiche sind, die auch in der soziologischen Analyse üblicherweise mit ehernen Strukturlogiken und harten Gesetzmäßigkeiten gleichgesetzt werden« (Gertenbach 2010: 326 f.).

Der politische Charakter der Trennung von ›Wirtschaft‹ und ›Politik‹ ist in analytischer Hinsicht darin zu sehen, dass mit ihr eine grundlegende gesellschaftliche Strukturierung vorgenommen wird. Dies geschieht jedoch nicht ›von selbst‹, sondern mitunter vermittelt über die hier untersuchten Grenzziehungskämpfe, was nicht ausschließt, dass die diskursiv etablierte Trennung extrem dauerhaft und strukturell wirkmächtig ist (vgl. Mouzelis 1990: 34; Jessop 2004). Denn wie Jacinda Swanson betont, sind konzeptuelle und ›praktische‹ Depolitisierung des Ökonomischen untrennbar miteinander verbunden:

»Once issues or phenomena are portrayed as ›economic‹ [...], political control or regulation is deemed more or less inappropriate. The ways in which the boundary between ›the economic‹ and ›the political‹ is drawn therefore have enormous implications for politics, democracy, and justice« (Swanson 2008: 57; vgl. auch Teivainen 2002: 1-17; Plumpe 2009: 31 f.).

Richtet man den Fokus auf die Geschichte diskursiver Grenzziehungen zwischen ›Wirtschaft‹ und ›Politik‹ in (deutschen) liberal-ökonomischen Diskursen des 20. Jahrhunderts², so lässt sich als These formulieren: Das Politische, das heißt, die zeitgenössischen Semantiken, Konnotationen, Begriffe von ›Politik‹, fungiert als ›konstitutives Außen‹ des Ökonomischen. Dies beinhaltet zweierlei:

Zum einen entsteht erst über die Abgrenzung von einem Außen, dem Politischen, die Evidenz eines Bereiches ökonomischer Gesetzmäßigkeiten, Strukturlogiken und Handlungsmuster. Das Außen ist in diesem Sinne also konstitutiv für das Innen, für die ›Evidenz‹ und ›Eigenmächtigkeit‹ des Ökonomischen. Diese Perspektive lehnt sich an poststrukturalistische Überlegungen Derridas, Laclaus und Mouffes an, für die jegliche Bedeutung und Identität eines Diskurses über die Abgrenzung von einem ›Außen‹ konstituiert wird, dabei aber instabil und unabgeschlossen bleibt, weil die bloße Existenz des Außen eine endgültige Fixierung verhindert (Laclau 1990: 16-32; Laclau/Mouffe 2006: 147-167; vgl. auch Möbius 2005: 131-134; Reckwitz 2006: 345). Auf den hier betrachteten Gegenstand bezogen: Die Gewissheit der Trennung von ›Ökonomie‹ und ›Politik‹ setzt zugleich die Möglichkeit der Grenzüberschreitung ein und muss daher über Zuschreibungen an ›Wirtschaft‹ und ›Politik‹ fortlaufend vergewissert werden. Das ständige sprachli-

2 Die hier präsentierten Thesen und Ergebnisse stellen einen Ausschnitt meines Dissertationsprojektes mit dem Arbeitstitel ›Trennungsgründe. ›Wirtschaft‹ und ›Politik‹ im 20. Jahrhundert‹ dar.

che Arbeiten an der Grenzziehung lässt sich insofern als Stabilisierung des ökonomischen Diskurses lesen.

Zum anderen kann dieses Außen, also das Politische, aber auch als konstitutiv für das Ökonomische begriffen werden, wenn man den empirischen Inhalt wirtschaftsliberaler Diskurse auf der Ebene der Äußerungen betrachtet. Es geht dort selten um eine totale Negierung von ›Politik‹. Vielmehr werden an ›die Politik‹ diverse Forderungen herangetragen, die sie gegenüber ›der Wirtschaft‹ erfüllen soll – in einer bestimmten Art und Weise. Sehr populär im Deutschen ist beispielsweise der Begriff der ›Ordnungspolitik‹, der ein genaues Verhältnis zwischen Ökonomie und Politik etabliert, nämlich die notwendige Rahmensicherung des wettbewerblichen Marktprozesses, jedoch keine ›politischen Eingriffe‹ in das Marktgeschehen (Foucault 2006: 235-252; Ptak 2004: 134 ff.; Eucken 1949: 92 f.). Es wird hier gewissermaßen immer wieder jenes Dilemma verhandelt, das neomarxistische Theorien des Verhältnisses von Politik und Wirtschaft als Spannungsverhältnis von »Einheit und Widerspruch« (Hirsch/Kannankulam 2008: 77) strukturell beschrieben haben: Demzufolge wurde das Auseinandertreten von Politik und Wirtschaft notwendig, weil es nach der Auflösung personaler Herrschaftsverhältnisse eines Bereichs der politischen Herrschaft bedurfte, der den Fortbestand der kapitalistischen Gesellschaftsformation sichern konnte (Hirsch 1994; Wood 1981; Blanke/Jürgens/Kastendiek 1975). Andererseits ist dem Politischen, speziell im Zusammenhang der erfolgenden Demokratisierung, stets ein Moment der Kontingenz und der »relativen Autonomie« eigen (Poulantzas 1974: 26 f.), das es aus Perspektive des ökonomischen Diskurses unbedingt zu begrenzen gilt.³

An drei Beispielen soll die These in groben Zügen verdeutlicht werden: Erstens möchte ich zwei zentrale Sprechergruppen beleuchten, die ihre hervorgehobene Diskursposition über das Ökonomische maßgeblich aus der Abgrenzung zu ›politischen‹ Argumentationsweisen bezogen (und beziehen), nämlich ›wissenschaftliche‹ Ökonomen und Unternehmer (3). Zweitens beschreibe ich anhand einiger Beispiele, wie negative und positive Ausformungen des Politikbegriffs im liberal-ökonomischen Diskurs beschaffen waren (4). Zuletzt lässt sich am Beispiel der De-

3 Stellvertretend sei hier Claus Offe länger zitiert, da er diese Problematik treffend umreißt: »Insofern ist die Politisierung von Ordnungsfunktionen, die die marktgesteuerte Ökonomie nicht mehr aus sich selbst erzeugt, eine zwar unumgängliche, aber zweiseitige und selbst widersprüchliche Problemlösung; sie konfrontiert den Staatsapparat mit der Aufgabe, nicht nur empirisches Interesse der Einzelkapitale und Funktionsvoraussetzungen des Gesamtkapitals in Einklang zu bringen, sondern auch die *politischen Prozesse*, mit deren Hilfe dies allein gelingen kann, so zu kanalisieren, dass ihr relatives Eigengewicht die Grenzen einer kapitalistischen Produktionsweise nicht verletzt« (Offe 2006: 73; Herv. i. Orig.).

batten um Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie zeigen, wie Differenzbehauptungen von ›politischen‹ und ›ökonomischen‹ Bereichen in konkreten Argumentationen verwendet wurden (5).

3. ÖKONOMEN UND UNTERNEHMER ALS ›FÜRSPRECHER‹ DES ÖKONOMISCHEN

Die Ziehung der ›richtigen‹ Grenze zwischen Wirtschaft und Politik wurde und wird von unterschiedlichen Sprechern in verschiedensten Kontexten vorgenommen. Dabei ist gerade das Zusammenspiel von einer »Spezialisierung wirtschaftswissenschaftlichen [und -praktischen; S.Sch.] Wissens [...] und seiner alltagssprachlichen Plausibilisierung [...] zentral« (Hesse 2004: 72; vgl. Callon 1998: 2). Die Sprechergruppe, der hierbei hervorgehobene Bedeutung zukommt, besteht aus den ›Fachleuten‹ des Ökonomischen, das heißt Ökonomen, Unternehmern sowie Wirtschaftsjournalisten und -politikern. Gemeinsam ist ihnen die Berufung auf ein berechtigtes Sprechen im Namen der Ökonomie, sei es qua gesichertem ›wissenschaftlichen‹ Wissen oder qua fachlich-praktischer Erfahrung. Die Abgrenzung eines Bereichs ökonomischer Gesetzmäßigkeiten von ›Politik‹ und ›politischen Argumenten‹ war dabei Teil ebenjener Berechtigungsargumentation und konstitutiv für ihre herausgehobene Sprecherposition (Gibson-Graham 1996: 96).

Im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts bildete sich sukzessive die Vorstellung des Ökonomischen als eines autonom nach eigenen Gesetzmäßigkeiten ablaufenden Bereichs heraus. Nun erst konnte und musste dieser Bereich in Beziehung zu den ihm äußerlichen Handlungen des Staates und der Politik gesetzt werden (vgl. Foucault 2006: 39 f.; Gertenbach 2007: 27; Tellmann 2007; Plumpe 2009: 45 f.; Plumpe/Köster 2009). In diesem Zuge kam es auch zu ersten ›wissenschaftlichen‹ Abgrenzungsversuchen von *Political Economy* als Wissenschaft und der Wissenschaft der Politik (vgl. Rothschild 2001; Collini/Winch/Burrow 1983). In Frankreich wandte sich etwa Jean-Baptiste Say gegen die Vermischung von »*Economie Politique*« und »*Politique Seul*«: Erstere solle seit Adam Smith nur noch für die Wissenschaft von den Reichtümern verwendet werden, letztere zur Bezeichnung der Beziehungen zwischen der Regierung und dem Volk und den Regierungen untereinander (Say 1841 [1803]: 3). Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wurde dann das Wort ›*Political*‹ in der Wissenschaftsbezeichnung ›*Political Economy*‹ problematisch und sukzessive durch ›*Economics*‹ ersetzt (vgl. Bürgin/Maissen 1999). Laut dem britischen Ökonom Henry MacLeod war die Bezeichnung ›*Economics*‹ nunmehr vorzuziehen, da sie zeige, dass diese Wissenschaft »aber auch gar

nichts mit Politik, sondern ausschließlich mit Eigentum zu tun habe« (MacLeod 1874: 893; Übersetzung S.Sch.).⁴

Selbst wenn diese Begriffsmodifikationen im deutschen Sprachraum größtenteils skeptisch beurteilt wurden, da die Historische Schule der Nationalökonomie die moralisch-politische Dimension ihrer Wissenschaft stets betonte: Um die Jahrhundertwende entbrannte auch hier ein Streit um die »Politisierung« der ökonomischen Wissenschaft und Forderungen wurden laut, »das spezifisch ›Ökonomische‹ zum Mittel- und Angelpunkt« wissenschaftlicher Betrachtungen zu machen (Pohle 1911: VI; vgl. hierzu Nau 1996). In langen Debatten etablierte sich Anfang des 20. Jahrhunderts die Trennung einer primären ›rein-ökonomischen‹ Theorie von einer ›politisch-ökonomischen‹, die in einem zweiten Schritt die ›politischen‹ Irritationen umso klarer offenzulegen gedachte. So meinte der Nationalökonom Andreas Voigt, »[d]a ja Volkswirtschaft ohne Politik an sich möglich [sei], [lasse] sich eine vollständige Trennung einer unpolitischen oder ›reinen Ökonomie‹ von der ›politischen Ökonomie‹ durchführen«. Dadurch könne man eine »politikfreie Wirtschaft vor der politisch beeinflussten« darstellen (Voigt 1928: 851). Zurück ging diese Unterscheidung maßgeblich auf Franz Oppenheimer, der schon 1907 zwischen dem »ökonomischen Mittel« (äquivalenter Tausch der eigenen gegen fremde Arbeit) und dem »politischen Mittel« (unentgeltete Aneignung fremder Arbeit) unterschieden hatte und dies 1922 in seine »Theorie der reinen und politischen Oekonomie« überführte (Oppenheimer 1923 [1907]: 16 f.; Oppenheimer 1964 [1922]). Die Aufteilung in eine ›reine‹ und eine ›politische‹ Ökonomie – wenn auch nicht unumstritten – wies der Nationalökonomie ein privilegiertes Erkenntnisobjekt zu, dem spezifische Gesetzmäßigkeiten zuerkannt wurden. Gerade die Vorstellung von der Absonderung eines von allem ›Politischen‹ abstrahierenden Bereiches des Ökonomischen konnte den seit jener Zeit allseits erhobenen Vorwürfen von ›politischen‹ Beeinflussungen der Wirtschaft als wissenschaftlich bezeugtes Fundament dienen. Zudem unterliegt diese Vorstellung auch dem ›unpolitischen‹ Expertenstatus der Ökonomen und den zahlreichen späteren wirtschaftswissenschaftlichen Beratungsgremien wie etwa dem Sachverständigenrat, besser bekannt als ›Wirtschaftsweise‹ (vgl. Nützenadel 2005: 152-174; Metzler 2005: 170-180).

Während die akademische Nationalökonomie ihre Deutungsmacht aus ihrem Status als ›Wissenschaft‹ bezog, präsentierten sich führende Unternehmer und Arbeitgeberverbände immer wieder als praktische Sachverwalter ›der Wirtschaft‹ gegenüber den sachfremden Ansprüchen ›der Politik‹ und ›der Politiker‹. Seit der Weimarer Republik bis in jüngste Zeit finden sich in der Unternehmerpublizistik

4 Orig.: »Hence Economics is the very best term that could be selected to denote the science which treats of the exchanges of property. It is also preferable to Political Economy, because it shows that it has nothing whatever to do with politics, but only with property.«

unzählige Aufrufe zur Beschäftigung mit der und Einmischung in die Politik. Meist gingen sie von der Beobachtung aus, dass das Schicksal der Wirtschaft zunehmend durch politische Maßnahmen beeinflusst würde. Dies erschien den meisten zeitgenössischen Beobachtern als gefährliche Entwicklung. Mit der Etablierung der parlamentarischen Demokratie nach 1918/19 tauchten erstmals die Begriffe der ›Ökonomisierung der Politik‹ und, umgekehrt, der ›Politisierung der Wirtschaft‹ auf. Sie markierten Eindrücke der schädlichen Grenzüberschreitung, speziell der unsachgemäßen, ›politischen‹, ›parteilichen‹ Behandlung ›ökonomischer‹, eigentlich objektiv lösbarer, Probleme. Um zu erreichen, »dass auch in der Politik wirtschaftliche Angelegenheiten von wirtschaftlichen Sachverständigen maßgeblich beeinflusst werden«, so eine typische Forderung, sollten sich alle Unternehmer in die Politik einschalten (Duisberg 1933: 105). Den Vertretern ›der Wirtschaft‹ als Verkörperung ökonomischer Vernunft und wirtschaftlichen Sachverständes musste aus dieser Argumentation heraus eine prominente Rolle zukommen. Zum einen setzten sie sich allgemein für eine Verbreitung des Problembewusstseins für ›wirtschaftliche‹ Anliegen ein. Da »Sachkenntnis eine wichtige Barriere gegen politische Demagogie« sei, plädierte man beispielsweise dafür, »in der politischen Bildungsarbeit und dem Gemeinschaftskundeunterricht der Schule die Kenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge zu pflegen« (Stein 1968: 61). Zum anderen sollte sich die Stimme ›der Wirtschaft‹ aber besonders gegenüber ›der Politik‹ bemerkbar machen. Denn »wenn sich nicht rechtzeitig diejenigen zu Wort melden, die wirtschaftliche Sachkenntnisse und Erfahrungen mitbringen«, so die Befürchtung, würde »die Politik der kommenden Jahre auf Kosten der Wirtschaft gemacht« (Triesch 1961: 256). Speziell die Unternehmer müssten dafür sorgen, »dass wirtschaftliche Fakten und wirtschaftliche Vernunft bei den politischen Entschlüssen Pate [stünden]«, da ansonsten »sozialpolitische Schwärmerei zu Entschlüssen [führe], die die Wirtschaft gefährdeten« (Krauss 1968: 203).

Wie diese wenigen, aber charakteristischen Beispiele deutlich machen, bezogen und beziehen beide Sprechergruppen ihre herausgehobene Diskursposition aus der Abgrenzung von ›Ökonomie‹/›Wirtschaft‹ und ›Politik‹: im ersten Fall aus der erkenntnistheoretischen Privilegierung ›rein-ökonomischer‹ Theorie gegenüber ›politischen‹ Betrachtungsweisen und Beeinflussungen, im zweiten Fall in der Repräsentation als fachlich berechnete und personalisierte Stimme ›der Wirtschaft‹ gegenüber tendenziell unwirtschaftlicher ›Politik‹.

4. POLITIKBEGRIFFE IN LIBERAL-ÖKONOMISCHEN DISKURSEN

Die Verwendung des Politikbegriffs in wirtschaftsliberalen Diskursen lässt sich grob aufspalten in a) die Thematisierung des Politischen als Problem, tendenzielle Gefahr und Störer des Ökonomischen und b) positive Politikbegriffe und Anforderungen an eine gute ›Politik‹ gegenüber dem Ökonomischen.

a) Speziell infolge der Einrichtung der parlamentarischen Demokratie 1918/19 erschien das Politische verstärkt als Problem für das Prozessieren des Ökonomischen. Zum einen wurde nun beklagt, dass das Politische selbst seine einheitliche Gestalt verändert habe, Politik sich mit dem Eintritt der ›Massen‹ auf das Austragen von ökonomischen Interessenkämpfen reduziere, repräsentiert durch die Parteien, und nicht mehr für das große Ganze stehe: So wurde innerhalb des Deutungsmusters der ›Verwirtschaftlichung‹ oder ›Ökonomisierung der Politik‹ argumentiert: Das »Vordringen wirtschaftlicher Fragen [habe] vielerorts eine Zersplitterung der politischen Parteien in ökonomische Gruppen zur Folge« (Bonn 1925: 130). Durch die »Ökonomisierung der politischen Parteien«, die »Ingerenz‹ der Wirtschaft in die Politik«, würden die »großen Gesichtspunkte«, das heißt die »rein politischen und staatlichen Fragen« im Bewusstsein der Bevölkerung zunehmend in den Hintergrund gedrängt (Hurwicz 1917: 1309 u. 1312). Sowohl der rechtskonservative und ordoliberalen Begriff des ›starken Staates‹ als auch der spezifisch nationalsozialistische Diskurs des ›Primates der Politik‹ in den 1930er Jahren fügten sich genau in solche Zeitdiagnosen ein.

Diese Lage, das ›Verkommen‹ von Politik zur wirtschaftlichen Interessenvertretung, wurde oftmals als ursächlich für die andere Seite der Grenzüberschreitung abgeleitet, nämlich die verstärkte ›Politisierung der Ökonomie‹. Dieses Argumentationsmuster bezeichnete die Unsachlichkeit und Schädlichkeit der als vermehrt wahrgenommenen, nationalen wie internationalen ›politischen‹ Eingriffe in den Wirtschaftsablauf. ›Politik‹ wurde in diesem Bedeutungsstrang gleichgesetzt mit Unsachlichkeit, Irrationalität, Parteilichkeit und Schwerfälligkeit, gerade im Unterschied zum ›eigentlich‹ sachlich-vernünftigen und optimalen Prozessieren des Ökonomischen. Wie Owen D. Young, Präsident des *General Electric*-Konzerns und Namensgeber des *Young-Plans*, 1928 vortrug: »Politics and particularly democracies, are not well adapted to deal with economic situations« (Young 1930: 240). Der Ökonom Herbert von Beckerath kam seinerseits zu dem Schluss, dass die »Gefährdung der Wirtschaft aus der politischen Sphäre heraus [...] in keinem großkapitalistischen Lande zur Zeit so stark wie in Deutschland« sei. »Die ständige politische Beunruhigung« bedrohe die Existenzbedingungen der modernen Industriewirtschaft (Beckerath 1928: 613 f.). Von »den politischen Parteien«, so eine weitere Einschätzung, sei »eine sachliche Prüfung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten

nicht zu erwarten« (Reusch 1926: 1066). Angesichts der »Vergewaltigungen der Wirtschaft« gelte es aufzuhören, die »großen wirtschaftlichen Fragen [...] durch das politische Nadelöhr zu treiben« (Niethammer 1924: 78). Die »Atmosphäre der Wirtschaft« müsse »freier [werden] von bürokratischen und politischen Einflüssen des Staates und der parteipolitischen Organisation« (Goldschmidt 1928: 32 f.).

Auch in der Bundesrepublik wurde an diese weithin etablierten Deutungsmuster der drohenden Unsachlichkeit, Schädlichkeit und Willkür von »Politik« in Gestalt von »Parteipolitik« in der parlamentarischen Demokratie angeschlossen. Das »Politik-Spielen«, kritisierte der Vorsitzende der *Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer* Alfred Flender 1956, finde in der Bundesrepublik oftmals wie »in irgendeinem ›Ghetto‹ statt, in dem »alles, was von der Wirtschaft und von unserer hervorragenden Wirtschaftspresse gesagt und geschrieben wird, [...] völlig wirkungslos [bleibe]« (Flender 1956: 149). Stattdessen gebe man aus »politischen« Gründen der Wiederwahl materielle Versprechungen ab, die der Wirtschaft den Boden entzögen. Durch »Polemik und Unsachlichkeit« versuchten die Parteien Wähler zu gewinnen, »wo doch echte Aussage und klare Formulierung notwendig wäre« (Lauff 1969: 199). Den gesamten »gegenwärtigen politischen Stil« kennzeichne die Vorrangigkeit »politische[r] Zweckmäßigkeit« vor »nationalökonomische[r] Richtigkeit« (Zeidler 1956: 433). In diesem Zuge werde die »Staatspolitik« sowohl den persönlichen Interessen der Politiker wie auch »dem Parteiinteresse« untergeordnet (Schröder 1957: 1). Wissenschaftlich gekleidet wurden solche Zuschreibungen beispielsweise in der *Public Choice Theorie* oder der *Neuen Politischen Ökonomie*, die den politisch-demokratischen Prozess als Wettbewerb beschrieben, in dem Politiker als Anbieter um die Stimmen der Wähler-Konsumenten konkurrierten. In Folge »zunehmende[r] Demokratisierung« würden »sowohl die größeren wie die kleineren Entscheidungen der Wirtschaftspolitik [...] in immer stärkerem Maße in der Öffentlichkeit diskutiert«, so der Schweizer Nationalökonom Walter Jöhr. Den politischen Parteien komme es vor allem darauf an, »die bisherigen Wähler weiter an sich zu ketten und neue zu gewinnen.« Im Resultat gerate »die Wirtschaftspolitik fast ausschließlich zur schwankenden Resultante wahlstrategischer Überlegungen« (Jöhr 1949: 623). Die Demokratie zeitigte in diesen Lesarten ihr inhärente »institutionelle Probleme«, die sich in »Spannungen zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Sicht« entluden: auf der einen Seite die »auf Stichtage der Wahl« fokussierte »politische Betrachtung«, auf der anderen Seite die »ökonomische[...] Logik« als »reine[...] Zweckmäßigkeitsüberlegung« (Hellwig 1957: 5). Gemeinhin erschien »die Wirtschaft« als Objekt und Opfer der dem politisch-demokratischen Prozess inhärenten Schwächen (vgl. Scholl 2011). Dabei, so die Argumentationskette, müsse »die Politik« selbst im Sinne der Stabilität doch an der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft interessiert sein.

b) Um ebendiese Leistungsfähigkeit zu erhalten, bedurfte es spezifischer Formen von »Politik«, nämlich einer »rationalen«, »sachgerechten« Politik, einer Politik,

die den Erfordernissen und vor allem den Belastbarkeitsgrenzen des Ökonomischen Rechnung tragen musste, einer »Politik der wirtschaftlichen Notwendigkeiten« (Vögler 1924: 225) anstelle von »Illusionspolitik« (ebd.: 223). Als negativ galt demnach »[j]ede Politik auf Kosten und zu Lasten der Wirtschaft«, die »im Endergebnis eine Politik auf Kosten und zu Lasten aller Bürger und des Staates« sei (Dietz 1974: 87). Gebündelt wurde diese Art der Politik in der Bundesrepublik beispielsweise in den stigmatisierenden Begriffen der »Geschenkpoltik und Verteilungspolitik« (Berg 1966: 240) oder der »Gefälligkeitspolitik« (Reusch 1965: 5). Positiv davon abgehoben wurde eine »Politik, die unter Beachtung der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten für die Erhaltung und Förderung aller produktiven Kräfte sorg[e]« (ebd.), denn »[w]ahrhaft fortschrittliche Politik [nehme] immer auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten Rücksicht« (Berg 1966: 240).

Die Verantwortlichkeit solch positiv projektierte ›Politik‹ für ›die Wirtschaft‹ konnte unterschiedliche Bereiche betreffen, deren oberstes Aggregat im Begriff der ›Globalsteuerung‹ erreicht war. Zentral wurde klassischer Weise auf die »Sorge um das Geld, die Sorge um die Währung« als »eine Sorge der Politik« mit äußerst »hohe[m] Rang im Raum des Politischen« hingewiesen (Bethmann 1962: 181). Am Beispiel ›schwacher‹ Währungen sah man den allgemeinen Beweis erbracht, »dass die zentrale Verantwortung für Geldwertstabilität und Konjunkturverlauf bei den politischen Instanzen lieg[e]«, denen es aber zu oft an der »richtigen Courage mangel[e], dem als richtig erkannten Ziel durch harte Politik zum Erfolg zu verhelfen« (Wolf 1964: 181 f.). Zusammen mit der Preis- und Geldwertstabilität konnte aber auch der Konjunkturverlauf insgesamt im Verantwortungsbereich ›der Politik‹ liegen. »Die Konjunktur von morgen«, so das *Handelsblatt*, erwachse »aus dem Mut zu neuen Strukturen«, die »zunächst in der Politik zu bauen und somit Sache der berufenen Politiker [seien]« (N.N. 1958). Diese Sichtweise wurde besonders Ende der 1960er Jahre mit der nun auch institutionalisierten staatlichen Gesamtverantwortlichkeit für die Konjunktur untermauert. »Der weitere Konjunkturverlauf häng[e] primär von politischen Entschlüssen ab« und davon, wie schnell die »rasche Neugestaltung der Wirtschaftspolitik« wirksam werden könne, so eine damalige Einschätzung im *Volkswirt* (Die Redaktion 1966: 12). Charakteristischer Weise operierte ein Großteil des Planungsdiskurses aber zugleich gerade mit der Trennung von ›irrationaler Politik‹ und ›wissenschaftlich-sachlicher Planung‹ (siehe etwa Liefmann-Keil 1949; Wissler 1954). Auch der in den 1960er Jahren aufkommende Begriff der ›Strukturpolitik‹ bündelte weitere Bedeutungsdimensionen der politischen Verantwortlichkeit für die ökonomische Entwicklung. So zählte es Hans Freiherr von Tucher von der Bayerischen Vereinsbank auf dem Wirtschaftstag der CDU/CSU 1967 zu den »politischen Voraussetzungen einer gesunden Wirtschaft«, dass der Staat »beständig auf die Verbesserung und Anpassung der Wirtschaftsstruktur hinarbeiten [solle], um ihre Leistungsfähigkeit zu fördern und auf der Höhe der Zeit zu halten« (Tucher 1967: 77).

Den Anspruch auf Gültigkeit bezogen derartige ›ökonomische‹ Ansprüche an ›die Politik‹ aus dem Beharren auf der eigenen Gesetzmäßigkeit, Evidenz und Empfindlichkeit des Ökonomischen, die eine vorsichtige, sachverständig beratene ›Politik‹ nötig machte, keinesfalls aber eine ›politische‹, von irrationalen Wählermassen gesteuerte ›Partei politik‹. Der Politikbegriff, der in solchen Proklamationen breite Verwendung fand, war demnach spezifisch umgrenzt: Da Wirtschaft und Politik oftmals als ›schicksalhaft‹ aufeinander angewiesen betrachtet wurden, hatte jegliche ›Politik‹ die konkreten Bedürfnisse ›der Wirtschaft‹ zu beachten. Unter diesen Vorzeichen konnte ›der Politik‹ mitunter doch wieder der Primat zugesprochen werden, der dann in erster Linie ihre Verantwortlichkeit gegenüber wirtschaftlichem Wohlergehen, Stabilität und Wachstum bezeichnete, weniger eine eigene, autonome Gestaltungsfähigkeit (vgl. Abromeit 1981: 99 f.).

5. DIE UNÜBERTRAGBARKEIT ›POLITISCHER‹ KONZEPTE AUF ›DIE ÖKONOMIE‹ AM BEISPIEL MITBESTIMMUNG

Die etablierten Trennungen und damit einhergehenden Semantiken von ›ökonomischem‹ und ›politischem‹ Bereich konnten ebenso dazu dienen, Demokratisierungsforderungen des Ökonomischen abzuwehren. Dies wird besonders deutlich in den Mitbestimmungsdebatten, die sich sowohl in der Weimarer Republik als auch in der Bundesrepublik in ähnlichen Diskursmustern entspannten. Als sich der *Reichsverband der Deutschen Industrie* 1929 auf einer Tagung eigens mit dem gewerkschaftlichen Konzept der ›Wirtschaftsdemokratie‹ auseinandersetzte, bildete das bekannte Argument der wesensartigen institutionellen Verschiedenheit von Wirtschaft und Politik das Fundament, auf das die These aufbaute, »die Regeln politischer Demokratie [seien] auf die Wirtschaft schlechterdings nicht übertragbar« (Winkler 1971: 312; vgl. auch Schneider 1975: 165). So war der Industrielle Jakob Herle der Meinung, die Arbeiterbewegung erstrebe »die Anwendung der politischen Demokratie auch auf einem Gebiet, für das ein Hineintragen der Politik überhaupt das Ende der Entwicklung bedeuten würde.« Durch die Einsetzung eines »Kollektivwillens« würden »individuelle Initiative« und »Verantwortung« vertrieben (Herle 1929: 7). Laut Abraham Frowein war »Demokratie in der Politik [...] nicht zu vergleichen mit Demokratie in der Wirtschaft, denn Wirtschaft produziert, Politik aber korrigiert. Was auf dem einem Gebiet Idealnorm sein kann, ist auf dem anderen Gebiete Hemmschuh« (zit. n. Schneider 1975: 165). Als Konsequenz der Einführung von wirtschaftsdemokratischen Elementen wurde vor allem die »Politisierung der Betriebswirtschaft« heraufbeschworen, welche »mit der Führung der Geschäfte nach den Gesichtspunkten der Rentabilität und des Unternehmungsinteresses« in Konflikt geraten müsse (Muhs 1929: 85). Zu den »natürlichen Mühseligkeiten der ei-

gentlichen Arbeitsverrichtung« werde zwangsläufig »das scharfe brennende Gewürz der politischen Leidenschaft« treten (Holthöfer 1929: 159).

Eine ähnliche Argumentation der unzulässigen Übertragung ›politisch‹ gültiger Ideale und Mechanismen auf einen ›ökonomischen‹ Zentralbereich verfolgten die Kritiker der Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Schneider 1998; Schneider 1973). Es kennzeichne geradezu eine »Begriffsverwirrung«, wenn man glaube, »das Prinzip der politischen Demokratie ließe sich auf die Wirtschaft einfach übertragen. Als ob die beiden Bereichen innewohnenden Gesetzmäßigkeiten dieselben und untereinander austauschbar wären!« (Schwarz-Schilling 1965: 447). Das »fragwürdige Wort [...], dass die Demokratie nicht am Fabrikator haltmachen dürfe«, beinhalte »eine völlige Verkennung der Unterschiede des politischen und des wirtschaftlichen Bereichs« (Frickhöffer 1970: 84). Während es in der ›Politik‹ um Machtentscheidungen gehe, wurde dem Ökonomischen eine davon absehbare Sachlichkeit zugeschrieben, die durch die Übertragung ›politischer‹ Begriffe gefährdet werde: Die »pauschale Übertragung demokratischer Kontrolle auf gesellschaftliche Institutionen mit vornehmlich unpolitischen und unterschiedlichen Sachzwecken muss zur Politisierung nicht politischer Sachverhalte und damit auch zu einer geistigen Entleerung führen« (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1975: 21 f.)

Im Aufzeigen der Konsequenzen einer Übertragung ›politischer‹ Prinzipien auf den ›ökonomischen‹ Bereich der Betriebsführung lässt sich wiederum zwischen ›wirtschaftlichen‹ und ›politischen‹ Konsequenzen unterscheiden. Denn wie IHK-Präsident Ernst Schneider betonte, bedeutete die Umsetzung umfassender Mitbestimmungsforderungen »nicht allein nur eine höchst gefährliche Deformation unserer Demokratie, sondern auch eine Gefährdung der Funktionsfähigkeit unserer gesamten Wirtschaft« (Schneider 1969: 285). Auf der ›wirtschaftlich‹ negativen Seite wurde die drohende Unsachlichkeit der Entscheidungen, vor allem der personellen, verbucht. So trete an die Stelle eines »in erster Linie von der persönlichen Qualifikation seiner Mitglieder getragenen Vorstandes [...] ein schwerfälliger, dem politischen Leben nachgebildeter Apparat« (Osthöld 1950: 4). Wichtige Posten würden »nicht nach ökonomischen, sondern nach politischen Kategorien besetzt« und somit »politischen Manipulationen im Aufsichtsrat Tür und Tor geöffnet« werden. Doch auch über Personalentscheidungen hinaus sei eine durchdringende Politisierung unternehmerischer Entscheidungen zu erwarten, eine Steuerung nach dem »politische[n] Proporz, gemessen an dem Kompromiss zwischen Ökonomie und politischer Opportunität« (Balke 1968: 667). Speziell die Einbeziehung ›betriebsfremder‹ Gewerkschaftsangehöriger wurde als Wurzel der Politisierung kritisiert, denn damit werde »die sachliche und private Sphäre in den Betrieben gestört, d.h. die Betriebe würden wieder zu einer politischen Zelle umgestaltet oder wenn man will: gleichgeschaltet« (Eymüller 1951: 11). Die pejorative Semantik des ›Funktionärstums‹ traf sich hier mit der ›Betriebsfremdheit‹ der ›von Außen‹ kommenden Gewerk-

schaftsvertreter, die sich »als politische Heilsbringer« verstehen würden (Irgel 1974: 827).

Die zweite Gruppe negativ prospektierter Auswirkungen war im Vergleich zu den bis hierhin vorgestellten eher auf der ›politischen‹ Ebene angesiedelt. Neben Grenzen prinzipieller Art, die dem politischen Zugriff auf die Wirtschaft durch deren Eigengesetzlichkeit gesetzt seien, dürfe »[i]m Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft [...] keine Demokratisierung Unternehmerverantwortung und Eigentumsrecht aufheben« (Böhm 1967: 18). Größer noch als die »wirtschaftliche Machtzunahme der Betriebe auf Kosten der Konsumenten würde die *politische* Autoritätszunahme der vom Mitbestimmungsrecht charakterisierten *Betriebe* gegenüber *Regierung und Volk* sein«, so der Ordoliberal Franz Böhm (Böhm 1951: 244, Herv. i. Orig.). Während in der marktwirtschaftlichen Ordnung die wirtschaftliche Macht der Unternehmen »geteilt, systemgebunden und in sich ausbalanciert [sei], so dass sie als solche bereits vom Wirtschaftssystem her auch in ihrer politischen Effizienz weitgehend neutralisiert [sei]« (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1966: 28), führe die paritätische Mitbestimmung zu einer »einzigartige[n] Zusammenballung wirtschaftlicher und politischer Macht, die alle bekannten Trusts, Konzerne und Kartelle in den Schatten stell[e]«. Somit würde »[d]as Ende der sachlichen, d.h. gegenüber dem Politischen streng abgegrenzten Betriebssphäre [...] auch das Ende der ökonomischen und auf die Dauer auch der persönlichen Freiheit bedeuten« (Eymüller 1951: 10 f.).

6. SCHLUSSBETRACHTUNG

Die Frage nach dem ›richtigen‹ Verhältnis von ›Wirtschaft‹ und ›Politik‹ war (und ist) Bestandteil heftiger Deutungskämpfe und Auseinandersetzungen. Über sprachliche Abgrenzungen, Bedeutungszuschreibungen und Hierarchisierungen wurde (und wird) von verschiedenen Sprechern versucht, die Grenzen zwischen Ökonomischem und Politischem zu fixieren, zu plausibilisieren und zu vergewissern. Indem man vorgefertigte Verständnisse dessen, was die Untersuchungsgegenstände Ökonomie und Politik ›eigentlich‹ sind, zurückstellt und stattdessen die diskursiven Muster und Semantiken ihrer Abgrenzung selbst fokussiert, gerät ein wichtiger Teil jener »diskursiven Strategien in den Blick, mit Hilfe derer erst die ›Reinheit‹ des Ökonomischen angestrebt wird« (Stäheli 2007: 506). Wie hier anhand mehrerer elementarer Debattenzusammenhänge gezeigt werden sollte, kann das Politische als ›konstitutives Außen‹ des Ökonomischen betrachtet werden. Das von Ernesto Laclau in Anlehnung an Derrida entwickelte Theorem des ›konstitutiven Außen‹ beschreibt die widersprüchliche Situation, dass das Außen (das Politische) zum einen die Möglichkeitsbedingung der Identität des Inneren (des Ökonomischen) be-

reitet stellt, dessen volle Identität durch seine (notwendige) Präsenz jedoch zugleich blockiert und ›bedroht‹ (Laclau 1990: 21, 31 f.). Das Abgrenzen des Ökonomischen von ›Politik‹ sowie ihre In-Beziehung-Setzung wirken somit »stabilisierend und destabilisierend zugleich« (Reckwitz 2006: 345), denn im Moment der Abgrenzung ist auch die Möglichkeit der Grenzüberschreitung eingeschlossen, was eine ständige Vergegenwärtigung der Grenzen notwendig macht: Gerade weil ›Ökonomie‹ und ›Politik‹ als getrennt beschrieben werden, oder, um nochmals Poulantzas aufzugreifen, dem Politischen eine relative Autonomie zu eigen sein scheint, muss eine ›gute‹, ›begrenzte‹ Politik gegenüber dem Ökonomischen von ihren negativen Bedeutungen unterschieden werden. Sowohl auf der empirischen Ebene der getätigten Äußerungen als auch auf einer abstrakteren Ebene erscheint das Theorem des ›konstitutiven Außen‹ somit plausibel für die Analyse des Grenzziehungsdiskurses.

Die temporär etablierten Grenzziehungen zeitigen zudem äußerst wirkmächtige und machtvolle Effekte. In den hier nur grob angerissenen Beispielen lassen sich diese in den legitimierten Sprecherpositionen (Ökonomen und Unternehmer), der Einhegung politischer Handlungsspielräume gegenüber dem Ökonomischen (liberal-ökonomische Politikbegriffe) sowie der Abwehr ›grenzüberschreitender‹ Maßnahmen (Mitbestimmungsdebatten) ausweisen. Die Abgrenzung von ›Partei politik‹ und ›politischen Argumentationen‹, die Kritik unzulässiger ›Politisierung‹ und Übertragung ›politischer Methoden‹ auf ›die Wirtschaft‹, die Forderung einer sachlich angemessenen, ökonomische Sachzwänge respektierenden ›Politik‹: All das sind zentrale Elemente des hier untersuchten Grenzziehungsdiskurses, der historische Wurzeln hat, dessen Dekonstruktion aber auch aktuell eminent wichtig scheint.

LITERATUR

- Abromeit, Heidrun (1981): *Staat und Wirtschaft. Zum Staatsverständnis der Wirtschaftsöffentlichkeit in der Bundesrepublik*. Frankfurt a.M.
- Berghoff, Hartmut (2007): Nutzen und Grenzen des kulturwissenschaftlichen Paradigmas für die Wirtschaftsgeschichte. In: *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 94, S. 178-181.
- Ders./Vogel, Jakob (Hg.) (2004): *Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivenwechsels*. Frankfurt a.M./New York.
- Blanke, Bernhard/Jürgens, Ulrich/Kastendiek, Hans (1975): Das Verhältnis von Politik und Ökonomie als Ansatzpunkt einer materialistischen Analyse des bürgerlichen Staates. In: dies. (Hg.): *Kritik der politischen Wissenschaft. Analysen von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft*. Bd. 1. Frankfurt a.M., S. 414-444.
- Boyer, Christoph (2007): Kulturwissenschaft in der Wirtschaftsgeschichte. In: *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 94, S. 186-188.

- Bürgin, Alfred/Maissen, Thomas (1999): Zum Begriff der politischen Ökonomie heute. In: *Geschichte und Gesellschaft* 25, S. 177-200.
- Callon, Michel (1998): Introduction: The Embeddedness of Economic Markets in Economics. In: ders. (Hg.): *The Laws of the Markets*. Oxford/Malden, S. 1-57.
- Caporaso, James A./Levine, David P. (1992): *Theories of Political Economy*. Cambridge.
- Collini, Stefan/Winch, Donald/Burrow, John (1983): *That Noble Science of Politics: A Study in Nineteenth-Century Intellectual History*. Cambridge.
- Conrad, Christoph (2004): »How much, schatzi?« Vom Ort des Wirtschaftens in der new cultural history. In: Berghoff, Hartmut/Vogel, Jakob (Hg.): *Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivenwechsels*. Frankfurt a.M./New York, S. 43-67.
- Daly, Glyn (1991): The Discursive Construction of Economic Space: Logics of Organization and Disorganization. In: *Economy and Society* 20, S. 79-102.
- Daniel, Ute (2006): *Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter*. 5. durchges. u. aktual. Aufl. Frankfurt a.M.
- Dejung, Christof/Domann, Monika/Speich Chassé, Daniel (2011): Editorial. Wissen und Wirtschaften. In: *WerkstattGeschichte* 58, S. 3-7.
- Demirović, Alex (2010): »Politik und Wirtschaft kann man nicht trennen«. Zur Aktualität eines Gemeinplatzes. In: Elmar Altvater u.a. (Hg.): *Die Rückkehr des Staates? Nach der Finanzkrise*. Hamburg, S. 19-36.
- Diaz-Bone, Rainer/Krell, Gertraude (2009): Einleitung: Diskursforschung und Ökonomie. In: dies. (Hg.): *Diskurs und Ökonomie. Diskursanalytische Perspektiven auf Märkte und Organisationen*. Wiesbaden, S. 9-34.
- Eitz, Thorsten/Wengeler, Martin (2013): Vergessene Diskurse? Zur Diskursgeschichte der Weimarer Republik am Beispiel des Themas Wirtschaft. In: Ekkehard Felder (Hg.): *Faktizitätsherstellung in Diskursen. Die Macht des Deklativen*. Berlin/Boston, S. 309-328.
- Foucault, Michel (2006): *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II*. Vorlesung am Collège de France 1978-1979. Frankfurt a.M.
- Gertenbach, Lars (2007): *Die Kultivierung des Marktes. Foucault und die Gouvernementalität des Neoliberalismus*. Berlin.
- Gertenbach, Lars (2010): Ökonomie als blinder Fleck? Die Politische Ökonomie und die Ökonomisierung des Sozialen im Denken Foucaults. In: Hanno Pahl/Lars Meyer (Hg.): *Gesellschaftstheorie der Geldwirtschaft. Soziologische Beiträge*. Marburg, S. 303-331.
- Gibson-Graham, J.K. (1996): *The End of Capitalism (as we knew it). A Feminist Critique of Political Economy*. Cambridge/Oxford.
- Grabas, Margrit (2007): Einführungsvortrag zum Panel »Kultur in der Wirtschaftsgeschichte«. In: *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 94, S. 173-177.

- Grimmer-Solem, Erik (2003): *The Rise of Historical Economics and Social Reform in Germany 1864-1894*. Oxford/New York.
- Hesse, Jan-Otmar (2004): »Im Anfang war der Markt.« Überlegungen zum Diskursangebot der bundesdeutschen Wirtschaftswissenschaft der Nachkriegszeit. In: *kultuRRevolution* 47, S. 71-80.
- Ders. (2006): Zur Semantik von Wirtschaftsordnung und Wettbewerb in national-ökonomischen Lehrbüchern der Zeit des Nationalsozialismus. In: Johannes Bähr/Ralf Banken (Hg.): *Wirtschaftssteuerung durch Recht im Nationalsozialismus. Studien zur Entwicklung des Wirtschaftsrechts im Interventionsstaat des ›Dritten Reiches‹*. Frankfurt a.M., S. 473-508.
- Ders. (2010): *Wirtschaft als Wissenschaft. Die Volkswirtschaftslehre in der frühen Bundesrepublik*. Frankfurt a.M./New York.
- Hilger, Susanne/Landwehr, Achim (Hg.) (2011): *Wirtschaft – Kultur – Geschichte. Positionen und Perspektiven*. Stuttgart.
- Hirsch, Joachim (1994): Politische Form, politische Institutionen und Staat. In: ders./Josef Esser/Christoph Görg (Hg.): *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*. Hamburg, S. 157-211.
- Ders./Kannankulam, John (2008): Poulantzas und Formanalyse. Zum Verhältnis zweier Ansätze materialistischer Staatstheorie. In: Lars Brethauer u.a. (Hg.): *Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*. Wiesbaden, S. 65-81.
- Jessop, Bob (2004): Critical Semiotic Analysis and Cultural Political Economy. In: *Critical Discourse Studies* 1/2, S. 159-174.
- Köster, Roman (2011): *Die Wissenschaft der Außenseiter. Die Krise der Nationalökonomie in der Weimarer Republik*. Göttingen.
- Kurz, Robert (1994): Das Ende der Politik. Thesen zur Krise des warenförmigen Regulationssystems. In: *Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft* 14, S. 75-113.
- Laclau, Ernesto (1990): *New Reflections on the Revolution of Our Time*. London/New York.
- Ders./Mouffe, Chantal (2006): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. 3. Aufl. Wien.
- Lemke, Thomas/Krasmann, Susanne/Bröckling, Ulrich (2000): Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: dies. (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt a.M., S. 7-40.
- Metzler, Gabriele (2005): *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft*. Paderborn u.a.
- Moebius, Stephan (2005): Diskurs – Ereignis – Subjekt. Diskurs- und Handlungstheorie im Ausgang einer poststrukturalistischen Sozialwissenschaft In: Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.): *Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit*. Konstanz, S. 127-148.

- Mouzelis, Nicos P. (1990): *Post-Marxist Alternatives. The Construction of Social Orders*. Houndsmills/London.
- Nau, Heino Heinrich (Hg.) (1996): *Der Werturteilsstreit. Die Äußerungen zur Wertediskussion im Ausschuss des Vereins für Sozialpolitik (1913)*. Marburg.
- Nonhoff, Martin (2006): *Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt ›soziale Marktwirtschaft‹*. Bielefeld.
- Nützenadel, Alexander (2005): *Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949-1974*. Göttingen.
- Offe, Claus (2006): Tauschverhältnis und politische Steuerung. Zur Aktualität des Legitimationsproblems [1972]. In: ders.: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie*. Veränderte Neuauflage, hg. v. Jens Borchert/Stephan Lessenich. Frankfurt a.M./New York, S. 67-94.
- Pahl, Hanno (2010): Marx, Foucault und das Projekt einer Wissenssoziologie der Wirtschaftswissenschaften. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 159, S. 241-258.
- Plumpe, Werner (2009): Ökonomisches Denken und wirtschaftliche Entwicklung. Zum Zusammenhang von Wirtschaftsgeschichte und historischer Semantik der Ökonomie. In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 49, H. 1, S. 27-52.
- Ders./Köster, Roman (2009): Artikel »Ökonomie, politische«. In: Friedrich Jaeger (Hg.): *Enzyklopädie der Neuzeit*. Bd. 9. Stuttgart, Sp. 389-406.
- Poulantzas, Nicos (1974): *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*. Frankfurt a.M.
- Ptak, Ralf (2004): *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland*. Opladen.
- Reckwitz, Andreas (2006): Ernesto Laclau. Diskurse, Antagonismen, Hegemonien. In: Stephan Moebius/Dirk Quadflieg (Hg.): *Kultur. Theorien der Gegenwart*. Wiesbaden, S. 339-349.
- Rothschild, Emma (2001): *Economic Sentiments. Adam Smith, Concordet, and the Enlightenment*. Cambridge/London.
- Schanetzky, Tim (2007): *Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982*. Berlin.
- Schneider, Michael (1973): Unternehmer und soziale Demokratie. Zur unternehmerischen Argumentation in der Mitbestimmungsdebatte der 1960er Jahre. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 13, S. 243-288.
- Ders. (1975): *Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918 bis 1933*. Bonn/Bad Godesberg.
- Ders. (1998): Demokratisierungs-Konsens zwischen Unternehmern und Gewerkschaften? Zur Debatte um Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung. In: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.): *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*. Bonn, S. 207-222.
- Scholl, Stefan (2011): Das Unbehagen an ›Politik‹ als Ausdruck des Spannungsverhältnisses von Demokratie und Kapitalismus in liberal-ökonomischen Diskur-

- sen. In: Kyrosch Alidusti (Hg.): *Perspektiven der Demokratie. Gesellschaftspolitische Interventionsmöglichkeiten im Spannungsverhältnis zwischen Demokratisierung und kapitalistischen Strukturen*. Siegen, S. 60-73
- Siegenthaler, Hansjörg (1999): Geschichte und Ökonomie nach der kulturalistischen Wende. In: *Geschichte und Gesellschaft* 25, S. 276-301.
- Spoerer, Mark (2007): Kultur in der Wirtschaftsgeschichte: Explanandum, Explanans oder Label? In: *Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 94, S. 182-185.
- Stäheli, Urs (2007a): *Spektakuläre Spekulation. Das Populäre der Ökonomie*. Frankfurt a.M.
- Ders. (2007b): Poststrukturalismus und Ökonomie: Eine programmatische Skizze der Affektivität ökonomischer Prozesse. In: Caroline Arni u.a. (Hg.): *Der Eigensinn des Materials. Erkundungen sozialer Wirklichkeit. Festschrift für Claudia Honegger zum 60. Geburtstag*. Frankfurt a.M./Basel, S. 503-520.
- Ders. (2008): Ökonomie. Die Grenzen des Ökonomischen. In: Stephan Moebius/Andreas Reckwitz (Hg.): *Poststrukturalistische Sozialwissenschaft*. Frankfurt a.M., S. 295-311.
- Swanson, Jacinda (2008): Economic Common Sense and the Depoliticization of the Economic. In: *Political Research Quarterly* 61, H. 1, S. 56-67.
- Teivainen, Teivo (2002): *Enter Economism, Exit Politics. Experts, Economic Policy and the Damage to Democracy*. London/New York.
- Tellmann, Ute (2007): *The Economy and the Foundation of the Modern Body Politic. Malthus and Keynes as Political Philosophers*. Dissertation, Cornell University.
- Tooze, Adam (2001): *Statistics and the German State, 1900-1945. The Making of Modern Economic Knowledge*. Cambridge u.a.
- Walters, William (1999): Decentring the economy. In: *Economy and Society* 28, H. 2, S. 312-323.
- Wengeler, Martin (1995): »Der alte Streit ›hier Marktwirtschaft, dort Planwirtschaft‹ ist vorbei«. Ein Rückblick auf die sprachlichen Aspekte wirtschaftspolitischer Diskussionen. In: ders./Georg Stötzel (Hg.): *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin/New York, S. 35-97.
- Winkler, Heinrich August (1971): Unternehmer und Wirtschaftsdemokratie in der Weimarer Republik. In: Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft (Hg.): *Probleme der Demokratie heute*. Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Berlin, Herbst 1969. Opladen, S. 308-322.
- Wood, Ellen Meiksins (1981): The Separation of the Economic and Political in Capitalism. In: *New Left Review* 127, S. 66-95.

QUELLEN

- Balke, Siegfried (1968): Mitbestimmungsdiskussion – Kehrt! In: *Der Arbeitgeber* 20, H. 23/24, S. 667.
- Beckerath, Herbert von (1928): Politische Ideen und Wirtschaftsverfassungen von heute im internationalen Vergleich. In: *Der Arbeitgeber* 18, H. 24, S. 608-615.
- Berg, Fritz (1966): Demokratischer Kapitalismus. Rede in der Jahresveranstaltung der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen am 18. Dezember 1964. In: ders.: *Die westdeutsche Wirtschaft in der Bewährung. Ausgewählte Reden aus den Jahren 1950 bis 1965*. Hagen, S. 237-246.
- Bethmann, Johann Philipp Freiherr von (1962): Gesellschaftspolitische Folgen einer permanenten Geldentwertung. In: *Währung zwischen Politik und Wirtschaft. Vorträge und Diskussion auf der vom 5. bis 7.4.1962 zu Bad Kreuznach von der Friedrich Naumann-Stiftung veranstalteten 10. Arbeitstagung*. Stuttgart, S. 179-196.
- Böhm, Anton (1967): Legitimität und Grenzen des demokratischen Prinzips. In: Helmut Gehrig (Hg.): *Die Problematik der Mitbestimmung*. Karlsruhe, S. 9-20.
- Böhm, Franz (1951): Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb. In: *Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 4, S. 221-251.
- Bonn, Moritz Julius (1925): *Die Krisis der europäischen Demokratie*. München.
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (1966): *Wirtschaftliche Mitbestimmung und Freiheitliche Gesellschaft. Eine Stellungnahme des Arbeitskreises Mitbestimmung bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu den gewerkschaftlichen Forderungen*. Köln.
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (1975), *Fortschritt aus Idee und Leistung. Gesellschaftspolitische Grundsatzerklärung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände*. Köln.
- Die Redaktion (1966): Primat der Politik. In: *Der Volkswirt. Wirtschafts- und Finanzzeitung* 20, H. 51/52, S. 11-24.
- Dietz, Fritz (1974): Weder Unternehmer- noch Gewerkschaftspartei, Vortrag im Oktober 1972 anlässlich einer Veranstaltung des Wirtschaftsforums Hessen e.V. in der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main. In: ders.: *Reden und Schriften. Teil II*. Frankfurt a.M., S. 87 f.
- Duisberg, Carl (1933): Wirtschaft und Politik. Rede auf der Hauptausschusssitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 23. Mai 1930. In: ders.: *Abhandlungen, Vorträge und Reden aus den Jahren 1922-1933*. Berlin, S. 102-105.
- Eucken, Walter (1949): Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung. In: *Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 2, S. 1-95.
- Eymüller, Theo (1951): Vom Geist der Gewerkschaften. In: *Der Volkswirt. Wirtschafts- und Finanzzeitung* 2, H. 8, S. 9-12.

- Flender, Alfred (1956): Bonn auf falschem Weg. Ernste und mahnende Worte des Vorsitzenden der ASU, Alfred Fr. Flender, zur Eröffnung der Jahreshauptversammlung 1956. In: *Die Aussprache* 6, S. 149-154.
- Frickhöffer, Wolfgang (1970): Entfaltung, Freiheitsraum und Mitwirkung der Arbeitnehmer. Weit wichtiger als prozentuale Repräsentanz ist konsequente Marktwirtschaft. In: Arbeitsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (Hg.): *Rationale und ehrliche Politik für eine freiheitliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung*. Ludwigsburg, S. 70-88.
- Goldschmidt, Jakob (1928): *Entwicklungstendenzen in der deutschen Wirtschaft und ihr Einfluss auf die Kapitalbildung. Vortrag gehalten auf dem 7. Allgemeinen Deutschen Bankiertag zu Köln am Rhein*. Köln.
- Hellwig, Fritz (1957): Über Theorie und Praxis in der Wirtschaftspolitik. Vortrag auf einer Veranstaltung für betriebliche Nachwuchskräfte am 30. Oktober 1956 in Düsseldorf, abgedruckt in: Vortragsreihe des Deutschen Industrieministeriums, 7. Januar 1957. Köln.
- Herle, Jakob (1929): Das Problem der Wirtschaftsdemokratie auf der Düsseldorfer Industrietagung 1929. In: Deutsche Bergwerkszeitung (Hg.): *Das Problem der Wirtschaftsdemokratie. Zur Düsseldorfer Tagung des RDI*. Düsseldorf, S. 5-8.
- Holthöfer, Robert (1929): Falsche Romantik um die Betriebsdemokratie. In: Deutsche Bergwerkszeitung (Hg.): *Das Problem der Wirtschaftsdemokratie. Zur Düsseldorfer Tagung des RDI*. Düsseldorf, S. 158-164.
- Hurwicz, Elias (1917): Zur Krisis und Zukunft des politischen Parteiwesens. In: *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft* 41, S. 1271-1332.
- Irgel, Lutz (1974): Wirtschaft. Die Kasse muss stimmen. In: *Der Arbeitgeber* 26, H. 22, S. 827.
- Jöhr, Walter Adolf (1949): Der Auftrag der Nationalökonomie unserer Zeit. In: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 105, S. 614-638.
- Krauss, Markus (1968): Demokratischer Appell. In: *Die Aussprache* 18, H. 9, S. 203.
- Lauff, Wilhelm von (1969): Mehr Sachlichkeit in der Politik! In: *Die Aussprache* 19, H. 9, S. 199.
- Liefmann-Keil, Elisabeth (1949): Intervention und Rahmenplanung. In: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 161, S. 112-136.
- MacLeod, Henry Dunning (1875): What is Political Economy? In: *Contemporary Review* 25, S. 871-893.
- Muhs, Karl (1929): Konzernbildung und Wirtschaftsdemokratie. In: Deutsche Bergwerkszeitung (Hg.): *Das Problem der Wirtschaftsdemokratie. Zur Düsseldorfer Tagung des RDI*, Düsseldorf, S. 82-86.
- Niethammer, Konrad (1924): Vergewaltigungen der Wirtschaft als Quellen unseres Elends. In: *Der Arbeitgeber* 14, H. 5, S. 75-80.

- N.N. (1958): Politik und Konjunktur. In: *Handelsblatt* 13/152, 31. Dezember 1958, S. 1.
- Oppenheimer, Franz (1923 [1907]): *Der Staat*. Frankfurt a.M.
- Ders. (1964 [1922]): *Theorie der reinen und politischen Oekonomie, 1. Teil: Grundlegung. System der Soziologie*. Bd. 3. 2. unv. Aufl. Stuttgart.
- Osthold, Paul (1950): Gefahr im Verzuge! In: *Der Arbeitgeber* 2, H. 9, S. 3-6.
- Pohle, Ludwig (1911): *Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Volkswirtschaftslehre: Betrachtungen über das Verhältnis zwischen Politik und nationalökonomischer Wissenschaft*. Leipzig.
- Reusch, Hermann (1965): *Wirtschaft und Politik. Rede auf der Jahresmitgliederversammlung der Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände NRW in Düsseldorf am 24. März 1965*. Düsseldorf.
- Reusch, Paul (1926): Lasst die Wirtschaft doch endlich einmal in Ruhe! In: *Deutsche Wirtschaftszeitung* 23, H. 46, S. 1065 f.
- Say, Jean-Baptiste (1841 [1803]): *Traité d'économie politique ou simple exposition de la manière dont se forment, se distribuent et se consomment les richesses*. Paris.
- Schneider, Ernst (1969): Aufgaben der Gesellschaftspolitik von heute, Rede auf der IHK-Vollversammlung in Ludwigshafen am 1. Oktober 1968. In: ders.: *Reden, 1963-1969*. Bonn, S. 276-289.
- Schröder, Wolfgang (1957): Hüten wir uns vor Illusionen! In: *Junge Wirtschaft. Zeitschrift für fortschrittliches Unternehmertum* 5, H. 1, S. 1 f.
- Schwarz-Schilling, Christian (1965): Nein – zur erweiterten Mitbestimmung. In: *Junge Wirtschaft. Zeitschrift für fortschrittliches Unternehmertum* 13, H. 10, S. 443-450.
- Stein, Gustav (1968): Das Politische Seminar der Staatsbürgerlichen Vereinigung 1954 e.V. Kann wirtschaftliche Bildung auf Politik verzichten? In: Walter-Raymond-Stiftung (Hg.): *Unternehmer und Bildung. Festschrift zum 60. Geburtstag von Ludwig Vaubel*. Köln/Opladen, S. 61-64.
- Triesch, Günter (1961): Gewerkschaften, Unternehmer und Staat. In: *Junge Wirtschaft. Zeitschrift für fortschrittliches Unternehmertum* 9, H. 6, S. 254 f.
- Tucher, Hans Christoph Freiherr von (1967): Wachstums- und Strukturpolitik. In: Wirtschaftsrat der CDU e. V. (Hg.): *Die Wirtschaft in politischer Verantwortung. Leitsätze – Protokolle. Wirtschaftstag der CDU/CSU, Bonn Januar 1967*. Frankfurt a.M., S. 76-81.
- Vögler, Albert (1924): Staat und Wirtschaft. In: *Deutsche Wirtschaftszeitung* 21, H. 15, S. 222-225.
- Voigt, Andreas (1928): Artikel »Volkswirtschaft, Volkswirtschaftslehre«. In: Ludwig Elster/Adolf Weber/Friedrich Wieser (Hg.): *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*. 4. gänzl. umgearb. Aufl. Bd. 8. Jena, S. 786-856.
- Wissler, Albert (1954): Überparteilichkeit und die Aufgaben der Konjunkturpolitik. In: *Der Volkswirt. Wirtschafts- und Finanzzeitung* 8, H. 1, S. 9-11.

- Wolf, Herbert (1964): Die zentrale Verantwortung liegt bei der Politik. In: *Junge Wirtschaft. Zeitschrift für fortschrittliches Unternehmertum* 12, H. 6, S. 180-183.
- Young, Owen D. (1930): Ten Years After – What Is Ahead. Address at the 43rd Annual Commencement of Bryn Mawr College, 7. Juni 1928. In: General Electric Company (Hg.): *Selected Addresses of Owen D. Young and Gerard Swope*. o. O., S. 231-248.
- Zeidler, Klaus J. (1956): Was wir wollen ... Einen solchen politischen Stil nicht! In: *Junge Wirtschaft. Zeitschrift für fortschrittliches Unternehmertum* 4, H. 10, S. 430-433.